



# Flugschriftenauswertung (1)

20. Juli 1956

Information Nr. 81/56 – Betrifft: Hetzschriftenauswertung

## Quelle

BStU, MfS, AS 81/59, Bl. 187–188 (46. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Ebert, Oelßner, Leuschner, Warnke, Mückenberger, Neumann, Wandel, Ziller, Hager, Norden, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Filin, Joseph Gutsche, Markus Wolf, Last, Weikert, Gartmann, Borrmann, SED-KL im MfS, HA II, HA III, HA V, HA XIII, alle Bezirksverwaltungen, Verwaltung »W« (SDAG Wismut), BV Groß-Berlin, Ablage.

Der Gegner versucht mit allen Mitteln die Zusammenarbeit des MfS mit der Bevölkerung zu erschweren. Die Beeinflussung erfolgt laufend, hauptsächlich durch die Hetzschriften des »Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen«,<sup>1</sup> indem er Verhaltensmaßregeln [sic!] erteilt. Zum Beispiel sind in einem Artikel in der Hetzschrift des UfJ »Neubrandenburger Augenzeuge Nr. 2« nachstehende fünf Punkte angegeben:<sup>2</sup>

- »1. Bekommen Sie ohne erkennbaren Grund eine mündliche oder schriftliche Aufforderung, beim »Volkspolizei«-Kreisamt, beim Rat der Stadt oder anderen Behörden zu erscheinen, dann nehmen Sie, wenn irgend möglich, einen vertrauenswürdigen Bekannten mit auf diesen Weg. Ihr Begleiter wird zwar grundsätzlich von den Beauftragten des SSD<sup>3</sup> oder MWD weggeschickt werden, hat aber bereits durch sein Miteinsteigen seinen Zweck erfüllt. Auf keinen Fall dürfen Sie versäumen, eine Nachricht über Ihren Verbleib oder Ihren beabsichtigten Weg zu unterlassen. Weisen Sie bei Unterredungen mit Beauftragten des SSD oder MWD gleich zu Beginn darauf hin, dass Ihre Familie oder Ihre Bekannten wissen, wo Sie sich aufhalten.
2. Verwehren Sie sich energisch gegen das Ihnen gestellte Ansinnen zur Spitzeltätigkeit. Aus den eingangs erwähnten Gründen gehen Sie dabei kein Risiko für Ihre persönliche Freiheit ein.
3. Versichern Sie, dass Sie Ihnen zur Kenntnis gelangende Verbrechen bei den zuständigen Staatsorganen anzeigen werden, und zwar ohne besondere Verpflichtung.
4. Erklären Sie aber dem Werber, dass Sie nicht in der Lage sind, Aufgaben zu erfüllen, die in den Bereich der Polizei fallen.
5. Betonen Sie dabei auf jeden Fall Ihre Loyalität zur Regierung der »DDR«.

Wir betonen, dass ein Bewohner der Sowjetzone nicht schon dann überstürzt Besitz und Eigentum zu verlassen braucht, weil er zu Spitzeldiensten geworben werden sollte. Dem Untersuchungsausschuss sind viele Fälle bekannt, in denen sich Bedrängte dadurch erfolgreich gewehrt haben, dass sie erklärten, sie müssten sich zuvor bei der »Volkspolizei« über die Legalität des Ansinnens Auskunft holen.«

1

Der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« (UFJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechtshandlungen in der DDR und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

2

Vgl. Verhalten bei Spitzelwerbung. In: Neubrandenburger Augenzeuge, Nr. 2/1956, S. 3. – Der »Neubrandenburger Augenzeuge. Unabhängige Zeitung für die Einwohner Neubrandenburgs« wurde von 1954 bis 1958 vom Bezirksbeauftragten Neubrandenburg des UFJ in unregelmäßigen Abständen herausgegeben.

3

Die Abkürzung SSD für den DDR-Staatssicherheitsdienst war nur im Westen und in den SED-fernen Kreisen gebräuchlich.

